

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 08. Oktober 2007

Nach dem ersten Beratungspunkt vollzählig war der Gemeinderat bei seiner letzten Sitzung, zu der Bürgermeister Schellenberg neben dem Vertreter der Tagespresse auch vier Zuhörerinnen als Vertreterinnen von Kindergarten und Elternschaft begrüßen konnte. Sie interessierten sich insbesondere für den ersten Beratungspunkt zur Einführung einer Kleinkindbetreuung an den Wurmlinger Kindergärten. Weiterer Schwerpunkt dieser Sitzung war die Feststellung der Jahresrechnung 2006.

1. Einführung einer Kleinkindbetreuung in den Kindergärten St. Josef und Don Bosco

Schon mehrfach haben sich sowohl die Katholische Kirchengemeinde als Trägerin der beiden Wurmlinger Kindergärten als auch die bürgerliche Gemeinde, die für die Kindergärten mittlerweile sachlich zuständig ist sowie durch eine entsprechende Überleitungsvereinbarung auch mit 80 % an den Kosten beteiligt ist, mit der Frage der Kleinkindbetreuung befasst. Dabei war man sich vom Grundsatz her einig, diese Kleinkindbetreuung auch in Wurmlingen anzustreben. Noch vor den Sommerferien wurde deshalb bei den Eltern eine Bedarfsumfrage für die Kinder von 0 bis 3 Jahren durchgeführt. Der Rücklauf der verschickten Fragebögen lag bei ca. 2/3. Deren Aufwertung hat dann gezeigt, dass in beiden Kindergärten sehr wohl Bedarf nach einer Betreuung von Kindern ab dem 2. Lebensjahr besteht.

Diese Ergebnisse wurde daraufhin auch ausführlich mit dem Berater der Kath. Kindergärten, den Kindergartenleiterinnen, den Elternbeiräten sowie dem Kindergarten Träger und der Gemeinde erörtert und die verschiedenen Möglichkeiten und Auswirkungen sowohl bezüglich des Angebots und des Kindergartenbetriebes als auch der finanziellen Konsequenzen überlegt und aufgezeigt.

Aufgrund der zurückgehenden Kinderzahlen im Regelbetrieb, d.h. der Kinder ab 3 Jahren, und der dadurch frei werdenden Kapazitäten in den Kindergärten wurden so verschiedene Modelle und Varianten überprüft.

Im Kindergarten Don Bosco besteht nach diesen Überlegungen die Möglichkeit, insgesamt 5 Kinder ab dem Alter von 2 Jahren aufzunehmen. Im Kindergarten St. Josef könnten bei Zuordnung von verschiedenen Kindern von der einen Gruppe in die andere bis zu 7 Plätze für die Kleinkinder eingerichtet und angeboten werden. Insgesamt könnten so zum Beginn des kommenden Jahres 2008 für die Kleinkinder ab 2 Jahren mindestens 10 bis maximal 12 Plätze angeboten werden. Nach den derzeitigen Umfragen bestünde hierfür im Januar bereits ein Bedarf für 8 Kindern der sich bis im April auf 12 Kinder erhöhen wird.

Der ursprüngliche Ansatz von Träger und Gemeinde, dass die freien Kapazitäten aufgrund der zurückgehenden Kinderzahl für eine Angebotserweiterung genutzt werden kann und soll, lässt sich somit zum allergrößten Teil verwirklichen. Wird die angebotene Kleinkindbetreuung allerdings komplett ausgeschöpft, müsste zusätzlich noch eine halbe Personalstelle geschaffen werden.

Auch im investiven Bereich sind bei einer Einführung der Kleinkindbetreuung keine großen Veränderungen notwendig. Die Sanitärbereiche sind bereits vorhanden und entsprechen den Kriterien für die Änderung der Betriebserlaubnis. Darüber hinaus ist noch entsprechendes Mobiliar sowie die Anschaffung verschiedener Spielsachen für Kinder von 2

bis 3 Jahren erforderlich. Insgesamt wird dieses Investitionsvolumen für beide Kindergärten auf maximal 5.000 € geschätzt. Zusammen mit dem zusätzlichen Personalaufwand dürfte sich in Abhängigkeit von der Auslastung für diese Kleinkindbetreuung der Abmangelbetrag für die bürgerlichen Gemeinde um ca. 12.000 bis 15.000 € pro Jahr erhöhen. Der Berechnung liegt entsprechend der Empfehlung von Gemeinde- und Städtetag sowie der Kirche der 1,5-fache Elternbeitrag zu Grunde, da je Kleinkind entsprechend den rechtlichen Bestimmungen 2 Kindergartenplätze angerechnet werden und außerdem die maximale Belegung der Gruppe sinkt.

Wie bereits die Katholische Kirchengemeinde hat sich sowohl der Verwaltungsausschuss in seiner Beratung als nun auch der Gemeinderat einstimmig dafür ausgesprochen, diesen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen und auch auf dem Hintergrund der Einführung eines Rechtsanspruchs ab dem Jahr 2013 nun schon zum heutigen Zeitpunkt die Weichen entsprechend in Richtung Kleinkindbetreuung zu stellen. Einhellig zugestimmt wurde deshalb, ab 2008 auch an den beiden Kindergärten Don Bosco und St. Josef die Betreuung für zwei- bis dreijährige Kinder einzuführen. Ebenso zugestimmt wurde, die bisher unterschiedlichen Öffnungszeiten beider Kindergärten anzugleichen und einheitlich von 7.15 Uhr bis 12.30 Uhr zu gestalten.

2. Feststellung der Jahresrechnung 2006

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2006 wurde durch die Verwaltung fertig gestellt und dem Gemeinderat nun ausführlich erläutert. Das Gesamtvolumen der Jahresrechnung 2006 beläuft sich auf 6.513.239,26 € (Vorjahr 6.814.780,52 €). Davon entfallen auf

den Verwaltungshaushalt	5.265.921,88 € (Vorjahr 4.561.364,37 €) und auf
den Vermögenshaushalt	1.247.317,38 € (Vorjahr 2.253.416,15 €).

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2006 hat sich gegenüber den Annahmen bei der Aufstellung des Haushaltsplanes insgesamt verbessert. Der Verwaltungshaushalt schließt in Einnahmen bzw. Ausgaben besser ab als der Planansatz. Insgesamt verbessert sich das Ergebnis des Verwaltungshaushalts im Vergleich um 61.051 €. Das Haushaltsjahr 2006 war gekennzeichnet durch erhebliche Umlagenbelastungen. Dies hat erstmalig eine Allgemeine Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt bedingt. Der im Haushaltsplan angesetzte Zuführungsbetrag vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt mit 428.000 € wurde jedoch nicht in dieser Höhe benötigt. Zugeführt werden mussten lediglich 366.948,93 €

Die Grundsteuer A im Einzelplan 9 verlief planmäßig. Der Haushaltsansatz mit 8.400,00 € wurde annähernd mit 8.266,02 € erreicht. Wie in den Vorjahren war bei der Grundsteuer B wieder ein weiterer positiver Anstieg zu verzeichnen. Der Planansatz mit 315.000 € wurde mit 320.599,59 € übertroffen. Der Haushaltsansatz bei der Gewerbesteuer wurde ebenfalls fast erreicht. Die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2006 betragen 991.240,06 €. Bei einem Planansatz mit 1 Mio. liegt das Rechnungsergebnis um 8.760 € unterhalb des Planansatzes. Dazu korrespondierend auch die Gewerbesteuerumlage. Diese war budgetiert mit 238.710 € und erreichte ein Ergebnis von 234.849,72 €. Diese Reduzierung bei der Gewerbesteuerumlage entspricht den geringeren Gewerbesteuereinnahmen im Vergleich zum Planansatz.

Sehr positiv hat sich der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer entwickelt. Aufgrund der höheren Steuereinnahmen auf Landesebene hat sich dieser positiv entwickelt. Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer war im Haushaltsplan mit 1.428.677 € aufgrund des Haushaltserlasses errechnet worden. Das Ergebnis liegt bei 1.527.772,03 € und damit um 99.095 € über dem Planansatz. Ebenso hat sich der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer gegenüber dem Planansatz positiv entwickelt. Der Planansatz betrug 101.480 €, das Rechnungsergebnis liegt bei 104.535,48 €

Die weiteren Steuereinnahmen, wie Hundesteuer und Jagd- und Fischereipachten entsprechen dem Planansatz. Die Hundesteuer wurde kalkuliert mit 13.000 € und erreicht ein Ergebnis von 12.084 €. Die Jagd- und Fischwasserpachten liegen geplant bei 5.500 € und erreichten ein Rechnungsergebnis mit 5.621 €

Die Schlüsselzuweisungen vom Land haben sich nach den Einbrüchen der Vorjahre wieder leicht verbessert. Sie wurden mit 46.700 € budgetiert und erreichen nun ein Ergebnis von 66.316,10 €. Ebenso positiv verlief der Betrag des Familienlastenausgleichs. Dieser betrug noch im Vorjahr 114.867 € und wurde im Haushaltsplan mit 119.750 € veranschlagt. Das Ergebnis liegt mit 123.652 € nochmals mit 3.902 € über dem Planansatz.

Aufgrund der sehr hohen Steuerkraft der Gemeinde Wurmlingen im Haushaltsjahr 2004 waren im Jahr 2006 Höchstbeträge an Kreisumlage wie auch Finanzausgleichsumlage an das Land zu leisten. Die Finanzausgleichsumlage an das Land betrug noch im Haushaltsjahr 2005 714.858,30 €. Im Jahr 2006 wurde sie mit 1.094.500 € in den Haushaltsplan aufgenommen. Das Rechnungsergebnis mit 1.080.705,40 € liegt damit mit 13.795 € Differenz leicht unter dem Planansatz und beläuft sich dennoch auf einen Spitzenwert für die Gemeinde Wurmlingen.

Ebenso erreichte die Kreisumlage einen Spitzenwert. Bereits im Vorjahr lag das Ergebnis mit 970.164,84 € auf einem sehr hohen Niveau. Dieses hohe Niveau wurde nochmals deutlich übertroffen. Die Kreisumlage wurde im Haushaltsplan mit einem Planansatz von 1.358.900 € aufgenommen. Das Ergebnis entspricht weitestgehend diesem Planansatz. Das Rechnungsergebnis beläuft sich auf 1.357.003,66 € und damit nur 1.896 € unterhalb des Planansatzes. Allein die Gewerbesteuerumlage, die Finanzausgleichsumlage an das Land und die Kreisumlage belaufen sich damit auf rund 2.672.000 € und umfassen damit schon alleine mehr als die Hälfte des Verwaltungshaushaltes.

Im Vermögenshaushalt wurden im Jahr 2006 wiederum eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt und zum allergrößten Teil abgerechnet.

Im Einzelnen:

Der Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens bei der Gemeindeverwaltung mit 10.000,00 € wurde leicht übertroffen. Insbesondere wurde die Ersatzbeschaffung des Rollers für die Amtsbotin notwendig und die Erneuerung der Registratur verursachte Mehrkosten.

Der Haushaltsansatz bei der Feuerwehr im Investitionsbereich wurde mit 10.000 € nicht benötigt.

Dahingegen wurde der Planansatz bei der Grund- und Hauptschule sowohl was den pauschalen Haushaltsansatz mit 14.000 € anbelangt als auch die budgetierten 74.000 € für verschiedene bauliche Maßnahmen vollständig benötigt. In dem pauschalen Haushaltsansatz war die

Ersatzbeschaffung von Stühlen im Musikerzimmer eingeplant und wurde ausgeführt. Darüber hinaus wurde der Teilbetrag mit 10.000 € für die Ersatzbeschaffung, nach dessen Ausfall, der Gonganlage komplett benötigt. Ebenso sind die Maßnahmen der EDV-Verkabelung, der Ausstattung des Computerraums sowie die Sanierung von 2 Klassenzimmern im Schloß durchgeführt worden, so dass der Planansatz mit insgesamt 88.000 € mit 87.324,94 € erreicht wurde.

Ein ganz wesentlicher Schwerpunkt des Haushaltsjahres 2006 war und ist wie auch des Haushaltsplanes 2007 der 2. Bauabschnitt der Modernisierung und Instandsetzung der Schloß-Halle gewesen. Auf der Ausgabenseite waren für 2006 544.000 € budgetiert worden. Der Baufortschritt konnte jedoch zügiger als geplant umgesetzt werden und so fielen Kosten im Jahr 2006 mit insgesamt 636.927,62 € an. Auf der Einnahmenseite konnte eine erste Abschlagszahlung für den 2. Bauabschnitt aus dem Klimaschutz-Plus-Bewilligungsbescheid abgerufen werden. Darüber hinaus wurde dieser Zuschuss, aus dem Klimaschutz-Plus-Programm für den 1. Bauabschnitt schlussgerechnet und von der Klima- und Energieagentur Baden-Württemberg ausbezahlt.

Die Einnahmen im Landessanierungsprogramm verliefen planmäßig. Insgesamt wurden 166.343 € beim Regierungspräsidium Freiburg abgerufen. Der verbleibende Haushaltseinnahmerest wird auf das kommende Haushaltsjahr übertragen. Damit stehen für das Haushaltsjahr 2007 insgesamt noch 197.171 € an Haushaltseinnahmeresten zur Verfügung. Auch die Ausgabenseite verlief auch aufgrund einer sehr hohen Mitwirkungsbereitschaft in der Bevölkerung sehr positiv. Im Landessanierungsprogramm d.h. im Sanierungsgebiet „Ortskern“ konnten im Jahr 2006 sozusagen im „Endspurt“ vor Beendigung dieser städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen noch eine ganze Reihe von Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie ebenso Ordnungsmaßnahmen vertraglich vereinbart werden. Im Jahr 2006 wurden insgesamt 180.829 € an private Maßnahmenträger ausbezahlt. Die Landsiedlung bzw. heute LBBW erhielt an Betreuungskosten insgesamt 13.417,37 €. Die Differenz zum Haushaltsplansansatz einschließlich des Restes aus dem Vorjahr kann als Haushaltsausgabereist auf neue Rechnung vorgetragen werden. Damit stehen an Haushaltsausgabereisten zur Restabwicklung des Landessanierungsprogramms „Ortskern“ im Jahr 2007 noch 183.019 € zur Verfügung.

Positiv verlief auch die Vermarktung des Gewerbegebietes „Fürselben“. Im Haushaltsplan 2006 waren für die Veräußerung von Grundstücken schwerpunktmäßig im Gewerbegebiet „Fürselben“ 540.000 € budgetiert. Der Verkaufserlös d.h. die Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken betragen im Haushaltsjahr 511.634,77 €. Aufgrund der Fertigstellung und Schlussrechnung des Gewerbegebietes „Fürselben“ im Haushaltsjahr 2006 konnten die Beiträge nicht mehr im Haushaltsjahr 2005 abgerechnet werden. Diese inneren Verrechnungen wurden daher im Haushaltsjahr 2006 vollzogen. Insgesamt wurden im Haushaltsjahr 2006 330.030,42 € an Erschließungsbeiträgen verrechnet. An Abwasserbeiträgen fielen 161.362,56 € und an Wasserversorgungsbeiträgen einschließlich der Mehrwertsteuer 137.546,19 € an. Die Erschließungsbeiträge sind im Vermögenshaushalt des Einzelplans 6 und die Abwasserbeiträge im Einzelplan 7 vereinnahmt worden. Die Wasserversorgungsbeiträge wurden an den Eigenbetrieb Wasserversorgung abgeführt und wurden mit den jeweiligen Erlösen aus dem Verkauf der jeweiligen Gewerbegrundstücke verrechnet.

Erfreulich sicherlich auch, dass die rechtlichen Verfahren, d.h. das Umlegungsverfahren als auch das Bebauungsplanverfahren für das künftige Wohnbaugebiet „Riedenstall II“ im Haushaltsplanjahr 2006 weitestgehend fertig gestellt werden konnten. Der Baubeginn für dieses Bebauungsplangebiet wurde für das Jahr 2007 festgelegt. Damit wurden zum einen die anteilig budgetierten Erschließungskosten mit 20.000 € im Haushaltsjahr 2006 nicht benötigt. An-

dererseits konnten die budgetierten 40.000 € an Erstattungen der rechtlichen Verfahren d.h. dem Umlegungsverfahren als auch dem Bebauungsplanverfahren entsprechend den städtebaulichen Verträgen noch nicht verrechnet werden. Diese Abrechnungen sind erst im Haushaltsjahr 2007 möglich.

Das Ergebnis der Abrechnung für die Anlegung des Fußgängerüberwegs in der Unteren Hauptstraße blieb mit einer Summe von 21.297,50 € rund 4.700,-- € unterhalb dem Planansatz mit 26.000 €

Ebenso positiv verlief das Abrechnungsergebnis für die Herstellung des Gewerbegebietes „Fürselben“ mit Straßenbau- und Kanalisationsmaßnahmen. Die übertragenen Haushaltsausgabereste aus dem Vorjahr wurden nicht benötigt. Der Straßenbau schloss mit einer Differenz von 105.474 € unterhalb des Planansatzes ab. Ebenso blieben die Kanalisationsarbeiten 92.496,68 € unterhalb des Planansatzes.

Die Gemeinde Wurmlingen beteiligt sich an den Investitionskosten der Kläranlage Tuttlingen. Die Einweihung der Erweiterung und Modernisierung der Kläranlage fand im Oktober 2006 statt. Im Haushaltsjahr 2006 waren 130.000 € budgetiert und einschließlich der Haushaltsausgabereste wurde ein Betrag mit 105.700 € erreicht. Der verbleibende Betrag mit 24.299 € kann somit auf das Haushaltsjahr 2007 übertragen werden. Im Haushaltsjahr 2007 werden die Restzahlungen und auch die Schlussabrechnungsergebnisse dann von den Stadtwerken Tuttlingen in Rechnung gestellt werden.

Die Gestaltung eines neuen Reihengrabfeldes auf dem Friedhof konnte im Haushaltsjahr 2006 nicht abgeschlossen werden. In 2006 wurde ein Teilbetrag von 3.688,13 € benötigt. Der ausgewählte Belag wurde mit einer Lieferzeit von rund 4 Monaten erst im Jahr 2007 angeliefert. Der noch verbleibende Betrag mit 22.312 € soll mit Haushaltsausgaberest auf das neue Haushaltsjahr 2007 übertragen werden.

Der Haushaltsansatz für den Erwerb von beweglichen Sachen beim Bauhof mit 10.000 € wurde nur mit einem geringen Teil mit 1.144,92 € in Anspruch genommen.

Neben der Veräußerung von Grundstücken mit 511.634 € wurden Grundstückserwerbe mit einem Gesamtbetrag von 66.005,50 € getätigt. Der Planansatz betrug 50.000 €. Schwerpunkt dieses Grunderwerbs war ein Grundstück innerhalb des künftigen Wohnbaugebietes „Riedenstall II“.

Sehr erfreulich sicherlich der reduzierte Ansatz bei der Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage. Waren aufgrund der immensen Umlagenbelastungen insgesamt 767.600 € als Entnahme geplant, so mussten zum Ausgleich im Haushaltsjahr 2006 nur 192.471,24 € Dies entspricht einer Reduzierung der Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage mit 575.129 €

Ebenso erfreulich ist die weitere Nachzahlung aus der Veräußerung von EnBW Aktien. Diese zweite Rate betrug im Haushaltsjahr 2006 693.695 € nach Abzug der entsprechenden Steuerbeträge.

Insgesamt kann man mit den Ergebnissen des Verwaltungshaushaltes wie auch des Vermögenshaushaltes zufrieden sein. Der Verwaltungshaushalt erwirtschaftete zwar keine Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt was jedoch in der immensen Umlagenbelastung begründet ist. Dennoch schließt der Verwaltungshaushalt besser als geplant ab. Ebenso ist auch der Verlauf des Vermögenshaushaltes positiv einzuschätzen. Die Entnahme aus der Allgemeinen

Rücklage wurde deutlich geringer notwendig als geplant. Dies sicherlich zum einen aufgrund der günstigen Bauabrechnungen im Gewerbegebiet „Fürselben“ und der Einnahmen aus der Beteiligung von Unternehmen. Dennoch muss gesehen werden, dass bei der Schloß-Halle im Haushaltsjahr 2006 aufgrund des zügigeren Baufortschrittes höhere Kosten finanziert wurden als angesetzt und dass auch die kompletten Erschließungsbeiträge, der Abwasserbeitrag und der Wasserversorgungsbeitrag im Haushaltsjahr 2006 für das Gewerbegebiet „Fürselben“ einschließlich dem Haushaltsjahr 2005 verrechnet werden konnten. Der Wasserversorgungsbeitrag mit rd. 137.000 € kommt damit dem Eigenbetrieb Wasserversorgung zu Gute.

Die Allgemeine Rücklage beläuft sich zum Jahresende nun auf einen Betrag von 616.120,74 € Die Entwicklung der Sonderrücklage verlief entsprechend den Erwartungen. Die Anlage betrug zu Beginn des Jahres 7.794.532,05 € und zum Ende auf 7.294.696,05 € Die Reduzierung geht auf die teilweise Entnahme der angelegten Zinserträge aus Vorjahren zurück. Die Steuerkraft des Jahres 2006 betrug 2.907.531,56 € und entspricht einem Kopfbetrag in Höhe von 760,73 €

Haushaltsreste für den Verwaltungshaushalt wurden nicht gebildet. Die Haushaltseinnahmereste im Vermögenshaushalt belaufen sich auf insgesamt 216.803,00 € Sie beinhalten zum einen die Restbezuschung für das HLF Feuerwehrfahrzeug und die Haushaltseinnahmereste beim Landessanierungsprogramm. Auf der Ausgabenresteseite beläuft sich der Betrag auf 236.630 € Hierin enthalten sind die Ausgabenpositionen für die Abrechnung aus dem Landessanierungsprogramm, die Investitionskostenanteile aus dem Projekt der Erweiterung und Modernisierung der Kläranlage Tuttlingen und die Kosten für die Anlegung des Reihengrabfeldes auf dem Friedhof. Die Haushaltseinnahmereste mit 216.803 € liegen damit deutlich unter dem Ansatz der Haushaltseinnahmereste des Vorjahres, die einen Betrag von 548.146 € ausmachten. Die Haushaltsausgaberreste des Vermögenshaushaltes haben sich von 685.329,75 € im Jahr 2005 auf den Betrag von 236.630 € verringert.

Während des gesamten Jahres 2006 war die Gemeinde Wurmlingen schuldenfrei.

Die Gemeindekasse war während des Jahres 2006 stets liquide. Rücklagenmittel und nicht benötigte Kassenmittel wurden zinsbringend auf einem Geldmarktkonto, einen Zuwachssparkonto oder als Festgeldanlage angelegt. Darüber hinaus betrug der Anlagebetrag beim Deka Fonds 7.294.696,05 € Die Zinseinnahmen im Haushaltsjahr 2006 betrugen rund 289.000 €

Die Kassenaußenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr zwar deutlich erhöht. Wie in den Vorjahren auch entfallen dabei jedoch ein Großteil auf die stichtagsbedingte Verschiebungen und Fälligkeiten über den Jahreswechsel. Saldiert sind sie geringer als im Vorjahr. Die Außenstände sind zwischenzeitlich größtenteils ausgeglichen und bezahlt.

Insgesamt, so das abschließende Resümee von Bürgermeister Schellenberg, habe sich das Rechnungsergebnis 2006 doch noch recht ordentlich entwickelt. Angesichts einer Umlagenbelastung von 52 % des gesamten Verwaltungshaushaltes habe dennoch ein erfreuliches Ergebnis erwirtschaftet und doch wieder etliche wichtige Investitionen realisiert werden können. Dank deutlich geringerer Umlagen im nächsten Jahr und einer positiven Einnahmenentwicklung könne die Gemeinde so auch zukünftig beruhigt und solide ihre Aufgaben erfüllen, obwohl ihr durch politische Entscheidungen von oben zunehmend mehr Aufgaben und vor allem Kosten aufgebürdet würden.

Nach ausführlicher Erläuterung der verschiedenen Haushaltsstellen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes stelle der Gemeinderat schließlich das Ergebnis der Jahresrechnung

2006 einstimmig fest und genehmigte, soweit nicht schon in früheren Entscheidungen geschehen, noch die über- und außerplanmäßigen Ausgaben dieses Haushaltsjahres. Noch einmal unterstrichen und bestätigt wurde darüber hinaus, dass der Erlös aus den Altgewinnen der verkauften EnBW-Aktien nicht zur Finanzierung künftiger Haushalte eingesetzt, sondern wie die bisherigen Veräußerungserlöse auch, dauerhaft und zinsbringend angelegt werden.

Der stellvertretende Bürgermeister Rainer Honer nahm am Ende der Beratung die Gelegenheit wahr, sich beim Bürgermeister und der Verwaltung für die Ausarbeitung und Vorlage dieses umfangreichen Zahlenwerkes zu bedanken. Obwohl in diesem Haushaltsjahr, was jedoch von Anfang an durch die hohe Umlagenbelastung abzusehen gewesen sei, der Verwaltungshaushalt mit Mitteln des Vermögenshaushaltes habe ausgeglichen werden müssen, seien die Gemeindefinanzen dennoch sehr solide und ließen auch für die Zukunft noch Handlungs- und Gestaltungsspielraum. Mit Beifall wurde dieser Dank auch durch das Gremium unterstrichen.

3. Feststellung des Jahresabschlusses der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2006

Die Sonderrechnung Wasserversorgung wurde von der Steuerberatungsgesellschaft KOBBERA auftragsgemäß zum 31.12.2006 abgeschlossen. Das Wirtschaftsjahr schließt danach mit einer Bilanzsumme von 774.111,04 € (Vorjahr 1.640.406,51 €).

Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Verlust von 18.969,80 € (Vorjahr 11.578,66 €). Dieser ist allerdings differenziert zu betrachten.

Aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erwirtschaftete die Wasserversorgung einen Überschuss von 13.680,44 €. Die in der Kalkulation leicht angehobenen Gebühren hätten somit wie geplant die bisherigen Verluste wieder etwas ausgeglichen.

Die Einnahmen liegen rd. 16.000 € über dem Vorjahresergebnis. Dies resultiert hauptsächlich aus höheren Umsatzerlösen (Anhebung Wasserzins um 0,10 €/m³ bei rückläufigem Verbrauch von rd. 152.800 m³ gegenüber 160.300 m³ in 2005).

Die Ausgabenseite hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 3.000 € reduziert. Hier wurden deutlich höhere Energiekosten durch geringere Abschreibungen (aktivisch abgesetzte Ertragszuschüsse aus den Wasserversorgungsbeiträgen für das Gewerbegebiet Fürselben) ausgeglichen.

Als „Einmaleffekt“ ergaben sich allerdings außerordentliche Aufwendung im Zusammenhang mit der Verbuchung von Veräußerungserlösen der EnBW-Aktien. Im Jahr 2002 erhielt die Wasserversorgung den Veräußerungserlös, von dem ein Teilbetrag – wie in der Gemeinderatssitzung am 18.12.2006 beraten und beschlossen – erst im Dezember 2006 zur Auszahlung kam und an den allgemeinen Haushalt der Gemeinde ausgeschüttet wurde. Diese schon im Jahr 2002 verbuchte Forderung über die erst im Jahr 2006 zufließenden Mittel war nach der endgültigen Abrechnung nun allerdings um 32.650,26 € zu hoch angesetzt und musste deshalb in diesem Jahr berichtigt werden. Per Saldo ergibt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung damit ein Minus von 18.969,80 €

Der Wasserverlust, sprich die Differenz zwischen geförderter und verkaufter Wassermenge, ist gegenüber dem hohen Wert des Vorjahres von 42% auf 36,9% zurück gegangen, ist aber auch in dieser Größenordnung noch hoch. Durch die Aufspürung einiger Undichtigkeiten und Behebung von Rohrbrüchen ist der minimale Nachtverbrauch jedoch seit längerem wieder auf einem sehr guten und niedrigem Niveau. Deshalb kann eine weitere Reduzierung der Wasserverluste erwartet werden.

Im Vermögensplan sind im investiven Bereich die Sanierung des Tiefbrunnens I mit einem Nettoaufwand von rd. 23.000 € sowie Erweiterungen im Leitungsnetz mit rd. 4.000 € zu nennen.

Über die Behandlung des Jahresgewinnes bzw. Verlustes hat der Gemeinderat zu entscheiden. Bisher wurden die aufgelaufenen Gewinne stets zur Deckung künftiger Verluste vorgetragen bzw. frühere Verluste getilgt. Aus dem Vorjahr steht ein solcher Gewinnvortrag zur Verfügung.

Empfohlen und einstimmig beschlossen wurde deshalb, den diesjährigen Verlust aus diesem Gewinnvortrag zu tilgen. Einstimmig stellte der Gemeinderat abschließend auch den Jahresabschluss der Wasserversorgung wie vorgelegt fest. Ebenso einstimmig wurde der Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Betriebsleiter der Wasserversorgung Wurmlingen entlastet.

4. Bebauungsplangebiete Riedenstall II und Fürselben – Abschließende Festlegung der Ausgleichmaßnahmen

Als Ausgleich für die Erschließung des Gewerbegebietes „Fürselben“ und des Baugebietes „Riedenstall II“ sind entsprechende Ausgleichmaßnahmen erforderlich. Teilweise konnten diese entsprechend der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung und der Grünordnungspläne bereits innerhalb der Plangebiete realisiert werden. Teilweise muss jedoch ein anderer Ausgleich erfolgen.

Für das Gebiet Fürselben konnte nach Absprache mit der Naturschutzbehörde des Landratsamtes Tuttlingen Einigung erzielt werden, dass diese Maßnahme mit einer noch vorzunehmenden Bepflanzung im Bereich der Schmutzfangzelle sowie der Verwendung des kompletten Kontostandes des Ökokontos ausgeglichen ist. Auf diesem Ökokonto wurden im Laufe der letzten Jahre durch verschiedene ökologische Verbesserungsmaßnahmen wie z.B. die Gewässerrenaturierungen an Faulenbach und Bärengraben sog. Ökopunkte gutgeschrieben. Diese Maßnahmen und das Punkteguthaben konnten nun zum Ausgleich für die Gewerbeerschließung eingesetzt werden. Das Ökokonto ist damit allerdings aufgebraucht. Angemerkt wurde aber auch, dass sich das Ökokonto damit bereits positiv bewährt hat, da ansonsten die ökologischen Massnahmen der vergangenen Jahre keine Berücksichtigung gefunden hätten..

Im Wohnbaugebiet „Riedenstall“ konnte der größte Teil der Ausgleichsmaßnahmen im Plangebiet selbst geschaffen werden. Allerdings sind hier noch zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen notwendig. Angedacht war zunächst, hierfür direkt westlich an das Baugebiet angrenzende Flächen vorzusehen. Dadurch müssten jedoch wertvolle Ackerflächen in der Tallage aufgegeben werden. Begrüßt und befürwortet wurde deshalb ein Besprechungsergebnis mit der Unteren Naturschutzbehörde, dass dieser noch notwendige Ausgleich auch außerhalb auf der gemeindeeigenen Flächen des Flurstücks Nr. 4292 (Wiese oberhalb des ehemaligen Fortwarthauses) und durch eine Extensivierung der Bewirtschaftung dieser Fläche erzielt und nachgewiesen werden kann. Sowohl der Technische Ausschuss als auch der Gemeinderat sind deshalb einstimmig diesen Vorschlägen gefolgt.

5. Baugebiet Riedenstall II

- Vorauswahl und Ausschreibung der Straßenbeleuchtung sowie der Pflanzen

Für das Wohngebiet Riedenstall II sind noch die Straßenbeleuchtung sowie die Pflanzen auszuwählen und auszuschreiben.

Hinsichtlich der Straßenbeleuchtung hat sich das Gremium bereits in einer früheren Besichtigungsfahrt über mögliche Leuchte informiert und dabei auch großen Wert auf eine bessere Energieeffizienz gelegt. Im bisherigen Baugebiet „Weilenweg“ ist das Modell Madrid der Firma Hess mit einem Leuchtmittel von 80 Watt Leistung montiert. Im Gremium bestand nun Einigkeit darüber, vom Grundsatz her an dieser Form der Straßenleuchte festzuhalten. Wenn möglich und finanziell vertretbar, sollte allerdings eine bessere Reflektortechnik oder gar eine Bestückung mit stromsparenderen HIT-CE-Leuchtmitteln verwendet werden. Bei gleicher Lichtstärke könnten hier die Leuchtmittel auf 35 Watt reduziert werden.

Einstimmig beschlossen wurde deshalb, dieses bisherige Modell Madrid mit 70 Watt Technik oder ein gleichwertiges Modell sowie alternativ dieses oder ein gleichwertiges Modell mit einer 35-Watt-Lichttechnik auszuschreiben.

Darüber hinaus ist vorgesehen, im Frühjahr 2008 die Bepflanzung des Retentionsbereiches und die Bäume auf den Wendepunkten vorzunehmen. Die übrigen Bereiche einschließlich der Flächen, die für die Ausgleichsmaßnahmen notwendig sind, sollen hingegen erst im Herbst und nach Abschluss der Erschließungsarbeiten gepflanzt werden. Auch hier wurde einstimmig zugestimmt, die notwendigen Pflanzen auszuschreiben.

6. Modernisierung und Instandsetzung der Schloß-Halle, Bauabschnitt II

- Austausch der Gaupenverkleidung

Im Rahmen des Gewerkes der Metallbauarbeiten wurden auch die Gaupen über den drei großen Festern am kleinen Saal von der Firma Rosenfelder verkleidet. Noch während der Umbauphase und bei den späteren Abnahmen wurde verschiedene Mängel festgestellt, die zwischen Bauherrschaft und ausführender Firma strittig waren. Teilweise konnten diese behoben werden. Die Verkleidungen der Gaupen sind jedoch nach wie vor nicht in Ordnung. Deshalb wurde eine gutachterliche Überprüfung veranlasst. Diese hat nun bestätigt, dass diese Gaupenverkleidungen nicht fachgerecht ausgeführt wurden und die Firma hierbei offensichtlich überfordert oder auch gar nicht in der Lage ist.

Im Technische Ausschuss wurde deshalb vorberaten und vom Gemeinderat nun auch mitgetragen, die Firma Rosenfelder zwar in Regress zu nehmen, dieses Unternehmen die Verkleidungen jedoch nicht erneuern zu lassen, da sie wohl die notwendige verschweißte Ausführung nicht herstellen und sie somit auch für keine dauerhafte konstruktive Lösung sorgen kann.

Für die hierzu notwendigen Arbeiten wurden deshalb vom Architekturbüro Munz von qualifizierten Fachfirmen entsprechende Angebote eingeholt. Das günstigste beläuft sich dabei von der Firma Bohnet auf einen Preis von 11.945,21 € Bereinigt um noch auszuführende Arbeiten der ersten Firma sowie der entsprechenden Regressforderungen ergäbe sich für die Gemeinde ein Mehraufwand von 8.774,07 €

Angesichts eines möglicherweise langwierigen Rechtsstreites, eines zu erwartenden Vergleiches und im Hinblick auf eine fachgerechte und dauerhafte Verkleidung hat sich der Gemeinderat deshalb letztlich einhellig dafür ausgesprochen, diese nicht fachgerechten Gaupenverkleidungen schnellstmöglich durch verschweißte und somit dauerhaft dichte Verkleidungen zu ersetzen. Ein entsprechender Auftrag wurde deshalb an die Firma Bohnet vergeben. Die von der ersten Firma zu erbringenden Leistungen müssten dabei noch erledigt oder von der Firma Bohnet mit ausgeführt und dann entsprechend in der Schlussrechnung in Abzug gebracht werden.

7. Durchführung eines Seniorennachmittages

Auch in diesem Jahr möchte die Gemeinde den älteren Bürgerinnen und Bürger wieder einen Seniorennachmittag anbieten. Als Termin ist Sonntag, der 16.12.2007 vorgesehen. Dies wurde vom Gemeinderat begrüßt und ohne große Diskussion zugestimmt, den Seniorennachmittag auch in diesem Jahr wieder im bisherigen Rahmen durchzuführen. Befürwortet wurde ferner, die bisherigen Verzehrgutscheine für die Senioren sowie für die am Programm Beteiligten von 4,00 € auf 5,00 € zu erhöhen. Darüber hinaus erhalten die Senioren wie bisher einen Essensgutschein.

8. Stellungnahme zu Baugesuchen

Einen Bauantrag zur Errichtung eines Carports auf dem Grundstück Rotdornweg 3 wurde vom Gemeinderat ohne große Diskussion einstimmig das Einvernehmen erteilt.

9. Kreuzung der Elta mit einem Mittelspannungskabel der EnBW

Die EnBW beabsichtigt, eine Teilstrecke ihrer bisher über Masten in Richtung Norden geführten Mittelspannungsleitung zu verkabeln. Vorgesehen ist, von der Umspannstation an der Eltstraße in Tuttlingen einen Strang von insgesamt drei 20 kV –Kabeln zu verlegen. Hierzu muss auf Tuttlinger Gemarkung noch im Bereich des EnBW-Geländes die Elta unterquert werden.

Auf Wurmlinger Gemarkung trifft die Trasse an der Gemarkungsgrenze auf den Radweg und wird dort dann parallel dem Feld- und Radweg weitergeführt. Noch im Gewinn Stammbrunnen wird eines der Kabel abgezweigt und schließlich wieder an einen bestehenden Mast angeschlossen. Die beiden verbleibenden Kabel werden über den Leibentalfeldweg hinweg ins Gewinn Hinter Alter geführt. Dort wird ein Kabel nach Süden abgezweigt und ebenfalls wieder an einen Mast angeschlossen.

Die dritte Leitung wird im Feldweg nach Norden geführt und an den bereits erdverlegten Übergabepunkt im neuen Gewerbegebiet Fürselben angeschlossen. Mit dem Anschluss dieser Leitung hat Wurmlingen dann einen eigenen 20 kV – Netzanschluss.

Mit der Leitungsführung dieser dritten Leitung muss auch auf unserer Gemarkung die Elta gekreuzt und unterquert werden. Hinzu ist eine wasserrechtliche Genehmigung erforderlich. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde die Gemeinde nun von der Wasserrechtsbehörde des Landratsamtes Tuttlingen um Stellungnahme gebeten.

Seitens der Gemeinde Wurmlingen kann diese Verkabelung nur begrüßt werden. Zum einen wird das Ortsnetz dann einen eigenen 20 kV – Anschluss haben, der die Versorgungssicherheit deutlich erhöht. Bisher haben Kabelschäden wie z.B. in Seitingen oder anderen Orten auch bei uns zu Stromausfällen geführt. Zum anderen können und werden nach der Verkabelung die nicht mehr benötigten Masten abgebaut. Dem Landschaftsbild im Eltatal, das in diesem Bereich von recht vielen Leitungen und Masten durchzogen ist, wird dies ebenfalls gut tun. Für die Elta selbst ergeben sich durch diese Unterquerung keinerlei Beeinträchtigungen oder Nachteile. Einstimmig beschlossen wurde deshalb, dem Antrag der EnBW auf die Verkabelung und Kreuzung der Elta mit einem Mittelspannungskabel zuzustimmen.

Die Arbeiten sind in zwei Abschnitten geplant. Der erste Bauabschnitt auf Gemarkung Tuttlingen soll noch in diesem Jahr realisiert werden. Die Verkabelung auf unserer Gemarkung ist für das Frühjahr 2008 vorgesehen.

10. Verschiedenes

Unter Verschiedenes gab Bürgermeister Schellenberg dem Gemeinderat gerne eine Einladung der Katholischen Kirchengemeinde zu deren **Gemeindefest am 21.10.2007** in der Schloß-Halle weiter.

Darüber hinaus sprach er nochmals einigen Anfragen aus der letzten Sitzung an. So berichtet er davon, dass letzte Woche wegen der Verschmutzungen am **Elta-Wehr** ein Termin stattgefunden habe und das weitere Verfahren von der Unteren Wasserbehörde eingeleitet worden sei und nun überwacht werden müsse.

Zum Schluss teilte er mit, dass die angesprochenen **Straßenbeleuchtungen** vom Bauhof kontrolliert und soweit notwendig auch instand gesetzt wurden. Einen weiteren Hinweis auf die Schaltung der Straßenlaternen in der Hinteren Gasse soll nochmals nachgegangen werden.

11. Anfragen

Nachgefragt wurden im Gemeinderat, wie die Außen- und Parkplatzbeleuchtung an der Elta-Halle gesteuert ist. Diese Lampen, so Bürgermeister Schellenberg, seien in die Straßenbeleuchtung mit integriert und hätten deshalb die gleichen Schaltzeitpunkte.

Aufgegriffen wurde aus den Reihen des Gemeinderates nochmals die Bebauung Obere Straße 15 und 17. Hier wurde darum geworben, doch nicht immer nur den ohnehin sehr persönlichen und auch recht unterschiedliche empfunden städtebaulichen Aspekt zu sehen, sondern insbesondere doch auch die Bereicherung und den Nutzen der darin entstehenden Einrichtungen für den gesamten Ort zu erkennen und zu unterstreichen. So manche Gemeinde wäre froh, eine solches Angebot so mitten im Zentrum vorweisen zu können. Wenngleich man die Architektur sicherlich unterschiedliche beurteilen könne, so zum Schluss der breite Tenor, sei es für eine Gemeinde jedoch allemal besser, mit modernen Gebäuden eine solch strukturelle Aufwertung zu erhalten, als Diskussionen über alte leer stehende und ungenutzte Gebäude führen und sich um deren Abbruch Gedanken machen zu müssen. Einhellig war schließlich die Beurteilung, dass die Angebote und Nutzungen in diesem neuen Gebäude den gesamten Ortskern stärken und durch die kurzen

Wege attraktiv machen und deshalb der ganzen Infrastruktur äußerst gut tun.

Schließlich galt noch ein kleines Dankeschön der Gemeinde und dem Gremium, im letzten Jahr wieder die Aschenbahn auf dem Sportplatz hergerichtet zu haben. So hätten doch etliche Leichtathleten dort wieder ordentliche Trainingsmöglichkeiten erhalten.

Nach gut zweieinviertel Stunden konnte Bürgermeister Schellenberg dann die umfangreiche öffentliche Tagesordnung abschließen und noch zu einer kurzen nichtöffentlichen Beratung überleiten.